



Fraktionserklärung zu 2014/407

Zürich, 29. November 2017

BEZAHLBARER WOHNRAUM UND SOZIALE DURCHMISCHUNG

Mit der neuen Vermietungsverordnung hat sich der Gemeinderat auf einen breit abgestützten Kompromiss geeinigt, der den Grundlinien der bewährten städtischen Wohnpolitik entspricht. Nun braucht es Augenmass bei der Umsetzung.

Die fast dreijährige Beratung der Vermietungsverordnung zeigt, dass es bei dieser Vorlage um mehr als nur um neue Richtlinien für die Vermietung von städtischen Wohnungen geht. Es geht vielmehr auch um wichtige Grundsatzfragen der Wohnpolitik in dieser Stadt. Für die SP war klar, dass die bewährte und von der Stimmbevölkerung immer wieder mit breiter Mehrheit getragene Wohnpolitik nicht verhandelbar ist:

Erstens handelt es sich bei den freitragenden Wohnungen nicht um subventionierte Wohnungen, sondern um Wohnungen zur Kostenmiete. Die Mieten dieser Wohnungen sind nur aus diesem Grund bezahlbar. Es werden keine Renditen auf Kosten der MieterInnen erwirtschaftet, und der Boden bleibt der Spekulation – auch für die nächste Generation – entzogen. Denjenigen, welche gerne über das, was im Portemonnaie noch übrig bleibt, philosophieren, sei gesagt: Bis weit in den Mittelstand hinein ist die Miete die grösste Belastung des Haushaltsbudgets. Die SP setzt sich mit dem Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus erfolgreich für die Entlastung der Haushalte ein. Der Grundgedanke hinter dem Wohnbauartikel war und ist, das Angebot an bezahlbaren Wohnungen auf dem Markt spürbar zu vergrössern. Quartiere mit einem hohen Anteil an gemeinnützigen BauträgerInnen zeigen klar, dass alle MieterInnen von dieser Entwicklung profitieren.

Zweitens sollen die Wohnungen in erster Linie denjenigen Personen und Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen, welche auf dem freien Wohnungsmarkt Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Dies war bereits bisher Praxis und wird von der SP auch vorbehaltlos unterstützt. Es zeigt sich denn auch, dass wir bereits heute nahe an den neu gesetzten Bewirtschaftungsvorgaben sind. Die früheren Angriffe, die auch medial immer wieder grosse Aufmerksamkeit erlangten, waren mehr eine Neid- und Empörungsdebatte, welche aus wenigen einzelnen Fällen ein falsches Gesamtbild zeichneten. Die städtischen Wohnungen tragen – und die Abstimmung um die Wohnsiedlung Hornbach hat dies an der Urne bestätigt – auch zu einer sozialen Durchmischung der Quartiere und der Stadt bei. Umgekehrt sollen die Liegenschaften selber eine ausgewogene BewohnerInnenstruktur haben und eine wirtschaftliche Entwicklung der Mieter und vor allem auch der Mieterinnen nicht behindern.

Drittens ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anzahl Personen und Anzahl Zimmer wichtig, um den Wohnflächenverbrauch pro Person zu senken und damit letztendlich direkt mehr Wohnraum für mehr Menschen zur Verfügung stellen zu können. Dies alleine wird in den nächsten Jahren eine grosse Herausforderung für die Liegenschaftsverwaltung sein, gilt es doch rund 20% der Mietverhältnisse anzuschauen.

Eine gute und sichere Wohnsituation ist entscheidend für die Lebensqualität und eine faire und nachhaltige Wohnpolitik. Während der Stadtrat in seiner ausgewogenen und

zielführenden Vorlage zur neuen Vermietungsverordnung diesen Grundsätzen noch Rechnung trug, startete die rechte Mehrheit im Gemeinderat einen Frontalangriff auf die bewährte Wohnpolitik der Stadt und hätte mit engen Einkommenslimiten die Bewirtschaftung durch die Liegenschaftenverwaltung vor unlösbare Probleme gestellt – nicht zu reden von der Verunsicherung bei mehr als 20'000 EinwohnerInnen unserer Stadt. Beim vorliegenden Modell einer aktiven Bewirtschaftung anstelle von starren individuellen Einkommensgrenzen steht nun eine Gesamtbetrachtung der städtischen Mietverhältnisse im Zentrum. Auch dieses Modell muss den Praxistest noch bestehen. Der Einfluss von Paragraphen bemisst sich erst bei den betroffenen Menschen, den betroffenen Familien selbst. Da ist Augenmass gefordert.

Nun können wir – und hoffentlich ist auch diese Einstimmigkeit Antrieb dafür – den Auftrag des wohnpolitischen Grundsatzartikels mit noch grösserem Schwung umsetzen und noch mehr gemeinnützige Wohnungen ermöglichen. Denn letztendlich wurde und wird dies von den ZürcherInnen bei sämtlichen Wohnbauvorlagen immer mit grossen Mehrheiten gefordert.

Weitere Auskunft erteilt:

- Simon Diggelmann, SP-Gemeinderat, 079 513 06 82
- Davy Graf, SP-Gemeinderat und Fraktionspräsident, 079 307 19 86
- Gabriela Rothenfluh, Co-Präsidentin SP Stadt Zürich, 076 367 60 08